

1967	Ausgegeben zu Bonn am 9. November 1967	Nr. 47
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
27. 10. 67	Sechste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967 (Waren der EGKS — 2. Halbjahr 1967)	2465
10. 10. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern	2467
12. 10. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Änderungen der in der Zusatzvereinbarung vom 18. November 1961 zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle vorgesehenen Gebühren	2468
16. 10. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Europäischen Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation	2469
16. 10. 67	Bekanntmachung über Enteignungen für Zwecke der Deutschen Bundesbahn	2469
17. 10. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	2470
26. 10. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	2471

**Sechste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967
(Waren der EGKS — 2. Halbjahr 1967)**

Vom 27. Oktober 1967

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Achte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 2. August 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 837), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Der Deutsche Zolltarif 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 1819) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Juli 1967 wie folgt geändert:

1. Im Anhang I (Zollaussetzungen) erhalten die Nummern 78 und 79 die aus der Anlage I ersichtliche Fassung.

2. Im Anhang II (Zollkontingente) erhalten die Nummern 34 und 36 die aus der Anlage II ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 27. Oktober 1967

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Anlage I
 (zu § 1 Nr. 1)

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	Binnen-Zollsatz % des Wertes	Außen-Zollsatz % des Wertes		Besondere Zollsätze % des Wertes
			allgemein	ermäßigt	
1	2	3	4	5	6
78	Roheisen der Tarifnr. 73.01 - D - I, vom 1. Juli 1967 bis 31. Dezember 1967 (EGKS)	×	1	—	—
79	Schienen der Tarifnr. 73.16 - A - II - b, vom 1. Juli 1967 bis 31. Dezember 1967 (EGKS)	×	6	—	—

Anlage II
 (zu § 1 Nr. 2)

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	Binnen-Zollsatz % des Wertes	Außen-Zollsatz % des Wertes		Besondere Zollsätze % des Wertes
			allgemein	ermäßigt	
1	2	3	4	5	6
34	Walzdraht aus Tarifnr. 73.15 - A - IV - b, nur warm gewalzt, mit einem Durchmesser von 4,50 bis 13 mm und einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,60 bis 1,05 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor insgesamt von 0,05 Gewichtshundertteilen oder weniger, an Silizium von 0,10 bis 0,25 Gewichtshundertteilen, an sonstigen Bestandteilen, ausgenommen Mangan und Chrom, von 0,10 Gewichtshundertteilen oder weniger, mit Ursprung außerhalb der Länder, denen gegenüber der Binnen-Zollsatz gilt (Vorbemerkung C - I), 5 500 t vom 1. Juli 1967 bis 31. Dezember 1967, bei der Abfertigung zum freien Verkehr (§§ 35 bis 38 des Zollgesetzes), zur Be- oder Verarbeitung im Zollgebiet bestimmt (EGKS)	—	frei	—	—
36	Waren aus Tarifnr. 73.01 - B - II - b - 1, mit einem Gehalt an Mangan von höchstens 0,03 Gewichtshundertteilen, 40 000 t vom 1. Januar 1967 bis 31. Dezember 1967, bei der Abfertigung zum freien Verkehr (§§ 35 bis 38 des Zollgesetzes), zur Verarbeitung im Zollgebiet bestimmt:				
	a - bis zu 20 000 t vom 1. Januar 1967 bis 30. Juni 1967 (EGKS)	—	3	—	—
	b - bis zu 20 000 t vom 1. Juli 1967 bis 31. Dezember 1967 (EGKS)	—	4	—	—
	c - andere (EGKS)	—	5	—	—

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge
aus Personenstandsbüchern**

Vom 10. Oktober 1967

Das in Paris am 27. September 1956 unterzeichnete Übereinkommen über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1055) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 1 für

Jugoslawien am 8. Juli 1967
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. November 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 1953).

Bonn, den 10. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten von Änderungen der in der Zusatzvereinbarung
vom 18. November 1961 zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung
gewerblicher Muster oder Modelle vorgesehenen Gebühren

Vom 12. Oktober 1967

Die in Artikel 1 der in Monaco am 18. November 1961 unterzeichneten Zusatzvereinbarung zu dem am 2. Juni 1934 in London revidierten Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle vom 6. November 1925 (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 937) vorgesehenen Gebühren sind in dem in Artikel 3 dieser Vereinbarung vorgesehenen Verfahren in der Weise erhöht worden, daß für die Hinterlegung und die Verlängerung der Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle — einschließlich der in Artikel 15 der Londoner Fassung des Haager Abkommens vorgesehenen Grundgebühren — folgende Gebühren zu zahlen sind:

A: Für die erste Schutzdauer von 5 Jahren:	Schweizer Franken
1. Für die Hinterlegung eines einzelnen Musters oder Modells (Artikel 15 Nr. 1 der Londoner Fassung)	40,—
2. für eine Sammelhinterlegung (Artikel 15 Nr. 3 der Londoner Fassung)	
enthaltend:	
2 bis 10 Muster oder Modelle	80,—
11 bis 100 Muster oder Modelle	120,—
101 bis 200 Muster oder Modelle	160,—
B: Für die zweite Schutzdauer von 10 Jahren, d. h. für die Verlängerung:	Schweizer Franken
1. Für die Hinterlegung eines einzelnen Musters oder Modells (Artikel 15 Nr. 2 der Londoner Fassung)	80,—
2. für eine Sammelhinterlegung (Artikel 15 Nr. 4 der Londoner Fassung)	
enthaltend:	
2 bis 10 Muster oder Modelle	250,—
11 bis 100 Muster oder Modelle	300,—
101 bis 200 Muster oder Modelle	350,—

Die Gebührenerhöhungen sind nach Artikel 3 Abs. 2 der Zusatzvereinbarung am 1. Juni 1967 in Kraft getreten.

Sind Verlängerungsgebühren für die Hinterlegungen, deren erste Schutzdauer nach dem 1. Juni 1967 abgelaufen ist oder abläuft, vor diesem Zeitpunkt, jedoch nach dem 4. November 1966 gezahlt worden, so muß in entsprechender Anwendung des Artikels 1 Abs. 2 der Zusatzvereinbarung der Unterschied zwischen den alten und neuen Gebühren nachgezahlt werden. Das Internationale Büro teilt dies dem Hinterleger mit, der den Unterschied innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt der Mitteilung zu zahlen hat. Wird die Zahlung nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so gilt die Verlängerung als nichtig und der Vermerk wird im Register gelöscht. In diesem Fall wird die vorher gezahlte Verlängerungsgebühr zurückerstattet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Juli 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 614).

Bonn, den 12. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Europäischen Übereinkunft
über die Internationale Patentklassifikation**

Vom 16. Oktober 1967

Die in Paris am 19. Dezember 1954 unterzeichnete Europäische Übereinkunft über die Internationale Patentklassifikation (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 659) ist mit der geänderten Fassung der Anlage zu dieser Übereinkunft (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 1411) nach ihrem Artikel 5 Abs. 2 für

Spanien am 1. September 1967
in Kraft getreten.

Spanien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt, daß es von der in Artikel 3 Abs. 2 der Übereinkunft vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch macht.

Demgemäß verpflichtet sich die spanische Regierung nicht, auf den Patentschriften, Auszügen oder entsprechenden Schriftstücken die Symbole anzubringen, die sich auf die in Artikel 1 und 2 der Übereinkunft vorgesehenen Erweiterungen des Klassifikationssystems beziehen. Die Anlage der Übereinkunft und ihre späteren Änderungen, die keine Erweiterungen darstellen, sind von diesem Vorbehalt ausgeschlossen.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1967 (Bundesgesetzblatt II S. 1318).

Bonn, den 16. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

**Bekanntmachung
über Enteignungen für Zwecke der Deutschen Bundesbahn**

Vom 16. Oktober 1967

Die Bundesregierung hat mit Wirkung vom 29. September 1967 folgenden Beschluß gefaßt:

„Nach § 37 Satz 2 des Bundesbahngesetzes vom 13. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 955) wird für das Bauvorhaben der Deutschen Bundesbahn „Erneuerung der 110 kV-Bahnstromleitung Lands- hut (Bay)–Ingolstadt (Donaukreuzung)“ die Enteignung für zulässig erklärt.“

Bonn, den 16. Oktober 1967

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen
der Vereinten Nationen**

Vom 17. Oktober 1967

Das am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639) ist nach seinem Artikel XI § 41 für

Ungarn
unter Anwendung auf ILO,
UNESCO, WHO, UPU, ITU, WMO

am 2. August 1967

in Kraft getreten.

Ungarn hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgendes erklärt:

(Translation)

(Übersetzung)

„The Hungarian People's Republic accepts sections 24 and 32 of the Convention with the reservation that disputes regarding the interpretation and application of the Convention shall be referred to the International Court of Justice only with the consent of all parties involved in the given dispute.

„Die Ungarische Volksrepublik nimmt die §§ 24 und 32 des Abkommens mit dem Vorbehalt an, daß Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des Abkommens beim Internationalen Gerichtshof nur mit Zustimmung aller an der betreffenden Streitigkeit beteiligten Parteien anhängig zu machen sind.

The Hungarian People's Republic makes a reservation also with regard to the provision in section 32 making the advisory opinion of the Court decisive in certain cases.“

Die Ungarische Volksrepublik macht einen Vorbehalt auch im Hinblick auf die Bestimmung des § 32, nach der das Gutachten des Gerichtshofs in bestimmten Fällen bindend ist.“

Das Vereinigte Königreich hat in bezug auf die von der Sowjetunion, der Ukraine und Weißrußland sowie von der Tschechoslowakei aus Anlaß der Hinterlegung der Beitrittsurkunden abgegebenen Erklärungen (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 740 und 1670) in einer beim Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. Juni 1967 eingegangenen Mitteilung folgendes erklärt:

(Übersetzung)

„Her Majesty's Government would wish to put on record that they are unable to accept these reservations because, in their view, they are not of the kind which intending parties to the Convention have the right to make.“

„Die Regierung Ihrer Majestät möchte zu Protokoll geben, daß sie nicht in der Lage ist, diesen Vorbehalten zuzustimmen, da sie ihres Erachtens nicht denen entsprechen, zu deren Abgabe künftige Vertragsparteien berechtigt sind.“

Wegen der Abkürzungen für die Sonderorganisationen wird auf die Bekanntmachung vom 16. April 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 288) verwiesen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Juli 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 2050).

Bonn, den 17. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Konvention
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
Vom 26. Oktober 1967

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. April 1967 zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 1233) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Konvention nach ihrem Artikel 33 Abs. 2 und das Protokoll nach III Ziffer 10 Buchstabe b für

die Bundesrepublik Deutschland am 11. November 1967
in Kraft tritt.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 11. August 1967 beim Generaldirektor der UNESCO hinterlegt worden.

Die Konvention und das Protokoll sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	20. März 1961
Belgien	am	16. Dezember 1960
Birma	am	10. Mai 1956
Brasilien	am	12. Dezember 1958
Bulgarien	am	9. Januar 1959
Ecuador	am	8. Mai 1961
Frankreich	am	7. September 1957
Gabun	am	4. März 1962
Ghana	am	25. Oktober 1960
Guinea	am	11. März 1962
Heiliger Stuhl	am	24. Mai 1958
Indien	am	16. September 1958
Indonesien	am	26. Oktober 1967
Iran	am	22. September 1959
Israel	am	1. Juli 1958
Italien	am	9. August 1958
Jordanien	am	2. Januar 1958
Jugoslawien	am	13. Mai 1956
Kambodscha	am	4. Juli 1962
Kamerun	am	12. Januar 1962
Kongo (Demokratische Republik)	am	18. Juli 1961
Kuba	am	26. Februar 1958
Libanon	am	1. September 1960
Libyen	am	19. Februar 1958
Liechtenstein	am	28. Juli 1960
Luxemburg	am	29. Dezember 1961
Madagaskar	am	3. Februar 1962
Malaysia	am	12. März 1961
Mali	am	18. August 1961
Mexiko	am	7. August 1956
Monaco	am	10. März 1958
Nicaragua	am	25. Februar 1960
Niederlande	am	14. Januar 1959

Nigeria am 5. September 1961
 Norwegen am 19. Dezember 1961

Norwegen hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«La restitution des biens culturels conformément aux dispositions de la Partie I et II du Protocole ne pourra être exigée après l'expiration d'un délai de vingt ans à compter de la date à laquelle le bien en question est parvenu à la possession d'un détenteur de bonne foi.»

„Die Rückgabe von Kulturgut nach Teil I und II des Protokolls kann erst nach Ablauf einer Frist von zwanzig Jahren nach dem Zeitpunkt verlangt werden, zu dem das betreffende Kulturgut in die Hände eines gutgläubigen Besitzers gelangt ist.“

Osterreich	am	25. Juni 1964
Pakistan	am	27. Juni 1959
Polen	am	6. November 1956
Rumänien	am	21. Juni 1958
San Marino	am	9. Mai 1956
Schweiz	am	15. August 1962
Sowjetunion	am	4. April 1957
Ukraine	am	6. Mai 1957
Weißrußland	am	7. August 1957
Syrien	am	6. Juni 1958
Thailand	am	2. August 1958
Tschechoslowakei	am	6. März 1958
Türkei	am	15. März 1966
Ungarn	am	16. November 1956
Vereinigte Arabische Republik	am	17. November 1955
Zypern	am	9. Dezember 1964

Bonn, den 26. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Lahr